

# Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Abzügen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Verbreitungsgebiet Ostachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abonnementpreis: Die monatlich gelieferte Monatshefte oder deren  
Teilung (für Familienmitglieder 30 Pf., für die Restfamilie (anfalls) 20 Pf.)  
aus dem Verlagsort (Dresden) 1,80 RM. Kasse- und Ankaufpreis  
am Montag von 9 Uhr an in der Expedition Dresdnerstr. 1, Güterbahnhofstr. 3  
Verlagspreis: Frei Haus monatlich 2,50 RM (inkl. im Voraus), durch  
die Post 3,20 RM (ohne Schlußhefte). Der „Arbeiterzeitung“ erscheint täg-  
lich, außer an Sonn- und Feiertagen. An Stellen höherer Dienst steht kein  
Anspruch auf Verteilung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Verlagspreises.  
Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden, Postfach 17 200.  
Sprechstunden: Montags 10-12 Uhr, alle anderen Tage 10-12 Uhr  
besonders und arbeiterrecht. Fragen, Freitage 10-12 Uhr  
Kasse und Re-  
zeption 10-12 Uhr  
An 11-12 Uhr  
des Expeditions-  
büros.

6. Jahrgang Dresden, Dienstag den 15. Juli 1930 Nummer 162

## Killinger-Kabinett unter deutschnationalem Kommando?

### Kommunistischer Landtagsvorstoß zur Vinderung der Kleinbauernnot

Dresden, den 15. Juli.

Zwischen den sächsischen Bürgerblockparteien und den Nazis ist bezüglich der Regierungsbildung eine Einigung zustande gekommen. Die Nazis haben auf die Ministerpräsidentenwahl verzichtet und sich zusammen mit den Bürgerblockparteien auf den deutschnationalen Kandidaten und früheren Wirtschaftsminister Dr. Krug v. Nidda geeinigt. Die Nazis werden das Innenministerium erhalten.

Das Bündnis zwischen Hitler und dem „Spezial-Sozialisten“ Eugen Berg, wie Eugen Berg noch vor wenigen Wochen in der sächsischen Presse genannt wurde, ist also zustande gekommen. Die Sozialisten über die Bildung eines „Hitler-Eugenberg-Blocks“ haben sich vollumfänglich bestätigt. Sie erheben den vor wenigen Wochen herausgegebenen Anweisungsbefehl, den nationalsozialistischen Kampf gegen Stahlhelm, Landvolksvereine und „bodenständige Schwerindustrie“ einzuleiten. Die großkapitalistischen Geldgeber der Faschisten haben erreicht, was sie wollten. Die Hitlerpartei ist koalitionsfähig geworden und erklärt sich auch in Sachen bereit, unter dem Kommando der kapitalistischen Bürgerblockparteien als „linke“ Regierungspartei der „verjagten Novemberrepublik“ den Souverän durchzuführen.

Die „linken“ SPD-Führer machen nach wie vor ihre Kooperationsbereitschaft mit der Wirtschaftspartei geltend. Im Kampf gegen die Faschisierung des sächsischen Staatsapparats wollen sie sich mit den Trägern dieser Faschisierung verbünden, statt die arbeitenden Massen in Stadt und Land zum demokratischen Kampf gegen Bürgerblockparteien und Faschismus aufzurufen.

Die Kommunisten haben nichts mit diesem Regierungsbündnis gemein. Wir wissen, daß eine Naziregierung die Politik hat, der kapitalistischen Lohnabbauoffensive den Weg zu ebnen, die Regiersteuer einzuführen, hinter einem nationalsozialistischen Scheinwahl den niederträchtigsten, massenfeindlichen Kurs einzuschlagen.

Der heutigen Landtagssitzung haben die kommunistischen Arbeitsbeschaffungsanträge auf der Tagesordnung. Weitere Anträge zur Vinderung der Erwerbslosennot und (s. untenstehend) zur Vinderung der Kleinbauernnot sind eingebracht. Hier müssen die Koalitionspartner von rechts bis links Farbe bekennen. Aber die Sozialen Proletariats zur Durchsetzung der kommunistischen Forderungen liegt nur außerhalb des Parlaments. Aus dem Kampf gegen Lohnabbau, Unterdrückungsraub und Steuerwucher muß gleichzeitig die mächtigste revolutionäre Einheitsfront aller Bürgerblockparteien, Faschismus und sozialdemokratische Koalitionspolitik erwachsen.

Kommunisten, verstärkt die Auffklärungsarbeit über den Faschismus, organisiert aus den Betrieben, Büros und Stempelstellen heraus die mehrfache Angriffsfront gegen den Faschismus!

### Hilfe für die Kleinbauern!

Die Landtagsfraktion der KPD hat folgenden Antrag eingebracht:

#### Antrag

Zusolge Technisierung, Rationalisierung und Standartisierung der Großlandwirtschaft wird der Klein- und Mittelbauer immer konkurrenzunfähiger. Durch die Zollpolitik des Finanzkapitals werden ihnen die Produktionsmittel verteuert. Die steuerliche Belastung ist unerträglich, so daß sich wegen rückständiger Steuern Offenbarungseide, Pfändungen und Zwangsversteigerungen durch die Finanzämter rapid steigern, wodurch eine weitere Verelendung in der Lebenshaltung der Klein- und mittelbäuerlichen Schichten einsetzt. Der Landtag wolle deshalb beschließen:

1. Sämtliche Steuerrückstände landwirtschaftlicher Betriebe im Einheitswerte bis 30 000 RM zu freieren;
2. die durch Mindernden und Unwetterbeschäden seit 1926 von der Regierung an die Landwirtschaft gegebenen, noch nicht zurückzahlten Notkreditkredite sind für die Betriebe bis zu einem Einheitswert von 10 000 RM zu erlassen und für die Betriebe von 10-30 000 RM Einheitswert sind

- auf je 1000 RM Einheitswert 5 Prozent der rückständigen Kredite zurückzulassen;
3. eine Millionen Reichsmark an Kredit zu 2 Prozent bereitzustellen für unausschiebbare Reparaturen sowie zur Neuherstellung von abbruchnotwendigen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, die den Einheitswert von 30 000 RM nicht übersteigen. Im Bedarfsfalle sollen Kredite für obige Zwecke bis 40 000 RM Einheitswert den Betrieben gegeben werden;
4. als Beihilfe A: 200 000 RM zur Förderung der Grünlandwirtschaft, davon 100 000 RM zur Anschaffung und Verbilligung von Wägen, Heuhäcken. Die weiteren 100 000 RM zur Anlage von Dauerweiden auf genossenschaftlicher Grundlage; B: 200 000 RM als Zuschuß zur Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen zum genossenschaftlichen Gebrauch, wie: Jugmaschinen, Selbstbinder, Pflügemaschinen, Sämaschinen u. dgl. mehr, sowie 100 000 Reichsmark an Einheitsbetriebe für Anschaffung zur Verbilligung der Produktion, z. B. Melkmaschinen, Milchzentrifugen usw.; C: 300 000 RM als zinsloses Darlehen zur Restitutions; D: 100 000 RM bereitzustellen zur Kosten-

lojen Ausbildung in wissenschaftlichen Bodenuntersuchungen und Wirtschaftsberatungen für werktätige Bauern und deren Söhne; E: 500 000 RM als zinsloses Darlehen zur Errichtung von Molkereien für Klein- und Mittelbetriebe bis zu einem Einheitswert von 30 000 RM; größere Betriebe haben je nach Kuhzahl ihre Anteile selbst aufzubringen; F: alle diese Beihilfen bzw. diese Darlehen dürfen nur an die Klein- und Mittelbetriebe gegeben werden, deren Einheitswert 30 000 RM nicht übersteigt, bei besonderen Bedarfsfällen bis 40 000 RM Einheitswert.

Ueber die Verteilung dieser Mittel entscheidet das Wirtschaftsministerium mit einem 15 Personen umfassenden Ausschuß, der in Frage kommenden werktätigen Bauern, die in Bauerndelegiertenversammlungen in öffentlicher Wahl zu wählen sind.

Mit der Organisation dieser Wahlen sind die wirtschaftlichen Vereinigungen der werktätigen Bauern zu beauftragen.

Dresden, den 14. 7. 30.  
Renner  
und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion.

## Antifa! Heraus zum Gegenstoß gegen Faschismus und Kriegsgefahr!

### Arbeiter, Arbeiterinnen! Klassengenossen!

Die Klassengegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft verschärfen sich immer mehr. Das Niedergangsstadium des Kapitalismus zeigt sich in seinen katastrophalen Auswirkungen auf die arbeitenden Massen. Das Unternehmertum führt ständig neue Rationalisierungen und Konzentration seiner Betriebe durch. Massenentlassungen und Betriebsstillegungen sind an der Tagesordnung. Das Herz der Erwerbslosen wächst ständig. Millionen Erwerbslose sind ohne einen Pfennig Unterstützung. Tausende von Mittelständlern sind proletariert oder leben ihrer Proletarisierung entgegen. Die Not der arbeitenden Massen wird immer größer, während die Kapitalisten der rationalisierten Unternehmen ihre Profite ständig erhöhen.

### Die Not wächst

Die Unternehmer führen eine rücksichtslose Lohnabbauoffensive und Arbeitsverlängerungsdistatur durch. Durch ungeheure Zoll- und Steuerlasten werden die Massen schonungslos ausgeplündert und die Massen des Wohlstandes auf die arbeitenden Schichten abgeladen. Verteuerung der Lebensmittel durch den Zollwucher, Einführung der Regiersteuer, Einführung des Notopfers sind die Maßnahmen, die zu diesem Zweck von den kapitalistischen Regierungen durchgeführt werden. Damit nicht genug, wird jetzt eine allgemeine Erhöhung der Wohnmieten eingeleitet, die Krankenversicherung wird maßlos verschlechtert, so daß große Teile des Proletariats, insbesondere die Erwerbslosen, immer weniger in der Lage sein werden, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dazu kommen die Angriffe auf die Erwerbslosenversicherung und Wohlfahrtsunterstützung.

### Krieg droht

Der ständig wachsende Widerspruch zwischen den Produktionsmöglichkeiten und den Absatzmöglichkeiten verschärft die Widersprüche im imperialistischen Lager. Die sich verschärfende wirtschaftliche Krise und die immer tiefere Erschütterung des imperialistischen Systems verschärft nicht nur den Konkurrenzkampf der imperialistischen Staaten um die Neuauflage des Weltmarktes und bedeutet so verschärfte Kriegsgefahr, sondern verleiht zugleich den Weltgegnern zwischen dem Land des aufstrebenden Sozialismus und der untergeordneten kapitalistischen Welt.

Der gemeinsame Krieg aller imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion erscheint den Kapitalisten aller Länder immer klarer als der einzige Ausweg, um neue riesige Produktions- und Absatzgebiete der kapitalisti-

schen Ausbeutung zu erschließen und zugleich den Hort der weltrevolutionären Bewegung der Arbeiterklasse zu vernichten.

Deshalb rufen die imperialistischen Mächte zum Interventionskrieg gegen den einzigen Arbeiterstaat der Welt, gegen Sowjetrußland, um den Arbeitern und Bauern die riesigen Reichtümer des Sowjetlandes zu entreißen. Sie betreiben ihre Vorbereitungen durch die imperialistischen Bündnisse und eine in allen Ländern geführte wüste Hetze und Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion.

### Faschismus zur Rettung der Bourgeoisie

In dieser Zeit der verschärften Kriegsgefahr, der wachsenden Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten, spüren sich zugleich die Klassengegensätze scharf zu. Die deutsche Bourgeoisie kann mit formal-demokratischen Methoden zur Unterdrückung der Arbeiterkraft nicht auskommen. Sie geht immer mehr dazu über, die Methoden der offenen faschistischen Diktatur in Anwendung zu bringen.

Die Unternehmer fördern und unterstützen deswegen das Anwachsen des Faschismus mit allen Mitteln. Sie hoffen, durch den faschistischen Terror die Arbeitermassen einzuschüchtern und von ihrem Kampfe um ihre Forderungen abhalten zu können. Die Faschisten selbst versuchen, durch die Anwendung radikaler Methoden, die Werktätigen über ihre Rolle als Knechte des Finanzkapitals zu täuschen und in das Lager der Arbeiter einzubringen; sie ziehen durch ihren Massenbetrug die untergeordneten Mittelschichten zu sich herüber.

Der Ausgang der sächsischen Landtagswahl, das Anwachsen der faschistischen Stimmen signalisiert vor der gesamten arbeitenden Bevölkerung die Gefahr der faschistischen Diktatur.

Welche Bedeutung das Anwachsen der Faschisten für das Finanzkapital hat, zeigt die Tatsache, daß jetzt die großkapitalistische Weimarer-Regierung ihr Deckungsprogramm rücksichtslos durchführt, daß die Unternehmer ihre Rationalisierungsmaßnahmen, ihre Lohnabbau- und Arbeitsverlängerungsmaßnahmen verschärfen und dabei die völlige Unterstützung der Faschisten haben.

Der Faschismus steht im Lager des Finanzkapitals als die Schutztruppe der profitgierigen Unternehmer.

Wo der Faschismus regiert, wird die Not der arbeitenden Schichten immer größer. In Thüringen vollführt der nationalsozialistische Minister Fried Erfüllungspolitik auf

## Stahlruten und Negersteuer!

Wird Killinger zu feig sein, darüber Rede und Antwort zu stehen? Werktätige erscheint in Massen am Donnerstag im Keglerheim, Friedrichstr.